

GEW zum Schuljahresstart „Jetzt die richtigen Weichen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz stellen!“

Die GEW wünscht allen an Schulen Beschäftigten sowie den Schüler*innen einen guten Start in das neue Schuljahr, mit all seinen Herausforderungen. Gesunde und sichere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung für ein gesundes und motiviertes Arbeiten bis ins Renten- bzw. Pensionsalter und die Erhaltung der Arbeitskraft. Dies ist besonders vor dem Hintergrund des aktuellen Fach- und Lehrkräftemangels hervorzuheben.

Arbeits- und Gesundheitsschutz und Arbeitszeiterfassung

Die GEW begrüßt grundlegend den Aufschlag zum Projekt „Personalgesundheit“ der Schulbehörde, welches das Ziel verfolgt, ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement zu entwickeln, um die Gesundheit der Beschäftigten zu sichern und zu fördern.

„Die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes gehört zu den gesetzlichen Grundpflichten des Arbeitgebers. Auch die Schulleitungen und erweiterten Schulleitungen an Hamburger Schulen fallen unter den Schutz dieses Gesetzes. Das bisherige Verfahren der durch die Schulen als Dienststelle verantworteten und durchgeführten Gefährdungsbeurteilung für ihr Personal wird den Anforderungen jedoch nicht gerecht: So fordern wir zentrale tätigkeitsbezogene Gefährdungsbeurteilungen, die die Gefährdungen für alle Professionen an Schulen abbilden“, so **Sven Quiring**, Vorsitzender der GEW Hamburg.

Die Erfassungszeit der von der GEW unterstützte [Arbeitszeit- und Belastungsstudie](#) der Universität Göttingen endet in den nächsten Tagen. „Die BSB tut gut daran, die folgenden Ergebnisse dieser aktuellen Hamburger Studie zu berücksichtigen und in die anstehenden notwendigen Projekte einfließen zu lassen“, so **Quiring**.

Längst ist klar, dass alle Arbeitgeber verpflichtet sind, die Arbeitszeit zu erfassen, um die Beschäftigten vor gesundheitsgefährdenden Arbeitszeiten zu schützen – auch an Schulen. Hier erwartet die GEW von der Behörde ein mit den Personalräten abgestimmtes Konzept, das die tatsächliche Arbeitszeit verlässlich, objektiv und zugänglich erfasst: „Wir brauchen eine reformierte Arbeitszeitverordnung, die in der Lage ist, die sich ständig wandelnden Aufgaben abzubilden und den spezifischen Anforderungen der einzelnen Schulform, der verschiedenen Professionen und der zeitgemäßen Arbeitsweisen gerecht zu werden“, ergänzt **Yvonne Heimbüchel**, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg.

Die flexible Oberstufe – eine Alternative zu G8/G9 in Hamburg!

Angekündigt ist eine Reform der Oberstufe mit dem Ziel einer Entschlackung des verdichteten Lernstoffs. Die Streichung der MSA-Prüfungen an den Gymnasien begrüßt die GEW im Ansatz, da sie sowohl die Schüler*innen als auch die Lehrkräfte entlastet. Eine wirkliche Reform sollte jedoch weiter gehen und die Stadtteilschulen einbeziehen: Der digitale Wandel, die Veränderung der Arbeitswelt und die größere Heterogenität der Schülerschaft erfordern nach Ansicht von Fachleuten eine tiefgehende Reform des Abiturs. Dabei geht es auch um individuellere und flexiblere Bildungswege für die immer diversere Schülerschaft, neue Lern- und Prüfungsformate sowie das Erlernen von Kompetenzen, die in der digitalen Gesellschaft und Arbeitswelt wichtig sind. „Was eine ‚Flexible Oberstufe‘ konkret für die

Hamburger Schullandschaft bedeuten kann – sowohl in der inhaltlichen Umsetzung als auch in der formalen Durchführung – muss in den Beratungen zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe diskutiert werden. Die Fortführung des Schulstrukturfriedens darf einer solchen notwendigen Entwicklung nicht im Wege stehen“, so **Yvonne Heimbüchel**, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg.

Die GEW diskutiert dies auf der Veranstaltung [Die flexible Oberstufe - eine Alternative zu G9 in Hamburg!](#) am 4. September, 17 - 19 Uhr in der GEW, Raum ABC.

Arbeitslos in den Sommerferien: Ein „Zeichen mangelnder Wertschätzung“

Die GEW kritisiert, dass sich in Hamburg erneut befristet beschäftigte Lehrkräfte und Kolleg*innen des pädagogisch-therapeutischen Fachpersonals in den Ferien arbeitslos melden mussten. Für das Land sind sie offenbar Lückenfüller. Auch wenn das Bemühen der Schulbehörde im Vergleich zu anderen Bundesländern anzuerkennen ist, möglichst wenig befristet beschäftigte Kolleg*innen in die Arbeitslosigkeit über die Sommerferien zu schicken, so ist doch jeder Fall einer zu viel.

„Aber dass immer noch viele von uns zu Beginn der Sommerferien arbeitslos sind, teilweise nicht wissen, wovon sie ihre Miete bezahlen sollen, nachdem sie sich so engagiert und übrigens auch kompetent für die Schüler*innen eingesetzt haben, ist einfach ein Skandal!“, so ein GEW-Mitglied, das sich seit 2021 im Seiteneinstieg an allgemeinbildenden Schulen in Hamburg befindet und dessen neuer Arbeitsvertrag wieder mit dem letzten Schultag des Schuljahres 2024/25 endet. Danach meldet sich die Person wieder bei der Agentur für Arbeit arbeitslos.

„Vor allem bei den gestückelten Krankheitsvertretungen, aber auch für Beschäftigte, die immer wieder an unterschiedlichen Schulen unterjährige Fristverträge erhalten, ist dieses Vorgehen nicht akzeptabel! Die GEW erwartet von der Schulbehörde eine wertschätzendere und auch nachhaltigere Personalpolitik“, so **Bodo Haß**, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

Rückfragen:

Sven Quiring, Vorsitzender GEW Hamburg, 0151 – 42362048

Yvonne Heimbüchel, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg, 0151 – 17240911

Bodo Haß, stellvertretender Vorsitzender GEW Hamburg, 0170 - 7076933